



Gegen Militarisierung von Forschung und Lehre Zivilklauseln für alle Hochschulen

Dietrich Schulze

Am 8. Mai feiern wir den 65. Jahrestag der Befreiung: "Nie wieder Krieg" hieß es damals quer durch alle politischen Strömungen und "Nie wieder deutsches Militär". Faschismus, Militarismus und der von deutschem Boden ausgegangene Krieg waren als Verbrechen erkannt worden. Die furchtbaren Fakten über die willige Mitwirkung der Universitäten am faschistischen Vernichtungsprogramm waren aufgedeckt worden. Erneut ist zu beobachten, dass mit militärischen Mitteln keine Probleme gelöst, sondern nur zusätzliche geschaffen werden. Seit 2006 ist eine stabile Dreiviertelmehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger für den Rückzug deutscher Soldaten aus Afghanistan. Völlig unbeirrt davon unterstützen Regierungen und Parlamentsmehrheiten die Fortsetzung statt den Stopp des Kriegskurses und

Kern- und Waffenforschung am KIT Karlsruhe

Seit 1. Oktober 2009 gibt es in Karlsruhe eine Institution des öffentlichen Rechts, unter deren Dach Kernforschung UND Waffenforschung betrieben werden: das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Hervorgegangen ist es aus dem Zusammenschluss der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe, des früheren Kernforschungszentrums. Es hat insgesamt 8.000 Beschäftigte und 20.000 Studierende. Ein glatter Verstoß gegen den Gründungskonsens zur zivilen Nutzung der Kernenergie, die dem Forschungszentrum per Satzung vorschrieb: "Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke." (Zivilklausel). Unter seinem Dach gab es zuletzt 2/3 nichtkerntechnische Forschung, für die das Verbot, für militärische Zwecke zu forschen, gleichermaßen wie für die Kernforschung galt und praktiziert wurde. Für die hinzugekommene Universität war keine solche beschränkende Zivilklausel gültig. Weil gegensätzliche Regelungen beim Zusammenschluss unhaltbar sind, wurde von Beginn an eine einheitliche Zivilklausel für das KIT gefordert – von den Beschäftigten und den Gremien des Forschungszentrums, von den Gewerkschaften, von Parlamentariern, von einem Internationalen Appell und von den Studierenden der Universität. In einer bundesweit einmaligen Urabstimmung votierte im Januar 2009 eine klare Mehrheit der abstimmenden Studierenden für die Zivilklausel, d.h. für einen Verzicht auf jegliche Militärforschung. Das alles und das demokratische Votum der größten Gruppe der Betroffenen interessierte die Landesregierung Baden-Württemberg nicht. Mit Billigung der Bundesregierung wurde im Landesgesetz zum KIT schließlich eine Teilklausel beschlossen, die der Universität weiterhin Militärforschung erlaubt.

Kommunikationsmittel für effektiveres Töten

Aus einer Bundestagsanfrage der Linkspartei Mitte 2008 ging hervor, dass die Uni für ein Forschungsprogramm Drittmittel des Verteidigungsministeriums erhält. Auf eine SPD-Landtagsanfrage, ob es Uni-Forschungsprogramme gebe, die einer Zivilklausel widersprechen würden, antwortete Minister Frankenberg im Oktober 2009 wahrheitswidrig, dass ihm keine bekannt seien. Die Uni-

Leitung stritt die Existenz von Militärforschung ab. Dank IML, der Informationsstelle Militarisierung e.V. in Tübingen, konnte aufgedeckt werden, dass das Institut für Nachrichtentechnik (INT) der Uni an einer rechnerunterstützten kognitiven Kommunikation forscht, die aus den USA kommt, militärischen Ursprung hat und für multinationale Interventionsstruppen wie in Afghanistan gebraucht wird. Friedrich Jondral, der INT-Leiter, gab erst in einem Zeitungsinterview im April 2009 zu, dass er für die Bundeswehr forscht. Bei dieser Gelegenheit schwärmte er vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), dem offen propagierten Vorbild des KIT. Das MIT arbeitet überwiegend mit Rüstungs- und Privatmitteln und ist von Kopf bis Fuß durchmilitarisiert. An Jondrals INT gibt es den Lehrbeauftragten Maurus Tacke, Chef des Rüstungsforschungsinstituts FGAN FOM in Ettlingen. Dieses Institut ging aus einer aus dem INT 1964 ausgegliederten Rüstungsforschungsgruppe hervor. Das bedeutet, dass Wissen von Generationen von Studierenden und Doktoranden ohne deren Kenntnis von Institutsleitern für militärische Zwecke verwertet wurde. Und erst kürzlich hat sich dieser Kreis noch auf eine weitere Art geschlossen. Eben jenes FGAN FOM wurde in das Karlsruher Fraunhofer-Institut FhG IITB integriert, dessen Militärforschungsanteil damit von bisher 1/3 auf jetzt 2/3 angestiegen ist und das sich nun FhG IOSB nennt. Ein Beispiel für die Arbeit: die Bildauswertung für das unbemannte Bundeswehr-Drohnenflugzeug "Luna", Tag und Nacht im In- und Ausland einsetzbar. Der Chef des IITB/IOSB, Jürgen Beyerer, ist in Personalunion Institutsleiter der Universität Karlsruhe. Wer will ihm nachweisen, wenn er Erkenntnisse aus seinem Uni-Institut in seinen Militärläden weiter reicht?

Auftrag für Killer-Roboter

Beyerer ist gemeinsam mit Hans Joachim Wünsche von der Bundeswehr-Universität München Projektleiter eines gerade vom KIT auf dem Gelände der ehemaligen Mackensen-Kaserne auf der Taufe gehobenen millionenschweren Forschungsprojekts "unbemannte kognitive Landfahrzeuge". Rein zufällig hat die Rüstungsfirma Rheinmetall Defence exakt für den gleichen Forschungs- und Entwicklungstitel die Projektführerschaft eines europäischen Rüstungsauftrags in zweistelliger Millio-

nenhöhe erhalten. Umgangssprachliche Bezeichnung: Killer-Roboter. Bereits von USA und NATO im Irak und Afghanistankrieg erprobt. Die Journalisten-Anfrage nach einem möglichen militärischen Hintergrund wurde von der KIT-Pressestelle nicht beantwortet. Antwort Minister Frankenberg auf die entsprechende gemeinsame Landtagsanfrage von Gisela Splett (Grüne) und Johannes Stober (SPD): "Eine militärische Ausrichtung ist nicht gegeben." Die beiden Projektleiter mit Rüstungshintergrund können das "zivile Projekt" so steuern, dass es den militärischen Anforderungen maximal zuarbeitet. Im Aufsichtsrat des KIT hat kein Geringerer das Sagen als Daimler-Chef Zetsche. Die Zivilklausel des KIT soll verhindert werden, weil sie dem Ausbau eines zivilmilitärischen Forschungskomplexes unter Einchluss der Fraunhofer-Kooperation entgegen steht. Dass dieser Komplex von Anfang an geplant war, dafür gibt es einen direkten Beweis. Über den Chefarchitekten des KIT, Detlef Löhe, früher Prorektor für Forschungsplanung der Uni und jetzt Vizerektor des KIT, heißt es in einem Bericht über die KIT-Gründung: "Noch weiter war der von Prorektor Löhe eingebrachte Vorschlag gegangen, neben dem Forschungszentrum Karlsruhe die um Karlsruhe angesiedelten Fraunhofer-Institute ebenfalls einzubeziehen; dieser Vorschlag wurde aufgrund zu hoher Komplexität jedoch wieder verworfen." Tatsächlich wurde die Idee lediglich anders umgesetzt: Verflechtung statt Fusion. Das KIT muss daher endlich eine Zivilklausel bekommen, insbesondere auch deswegen, weil Kern- und Waffenforschung unter einem Dach nicht geduldet werden können.

Erfolg im Bildungsstreik

Nach Vorarbeit durch ver.di, GEW und die "Initiative gegen Militärforschung an Universitäten" (Webdokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf) wurde die Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen von der Bildungsstreikbewegung der Studierenden, der LandesStudierendenvertretung Baden-Württemberg und dem DGB Nordbaden aufgegriffen. Zielsetzung der Hochschulen muss der Fortschritt im Sinne des gesellschaftlichen Wohlergehens sein. Sie dürfen weder durch Interessen der Wirtschaft noch der Rüstungsindustrie ferngesteuert werden. Zivilklauseln entsprechen der Friedensfinalität des Grundgesetzes, wie Erhard Denninger in einem verfassungsrechtlichen Gutachten nachgewiesen hat. Die Hochschulen müssen ausreichend finanziert und wie zu Beginn der 1970er Jahre erneut demokratisiert werden. Der Senat der Uni Tübingen hat ein bemerkenswertes Beispiel geschaffen. Auf Initiative der Studierenden im Bildungsstreik beschloss er im Dezember 2009 eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung. Die Uni Konstanz hat bereits seit 1991 folgende Zivilklausel: "Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird." Dieser Beschluss ist vorbildlich und könnte kaum aktueller sein. Es geht heute mehr denn je darum, mit der Verschrottung aller Atomwaffen zu beginnen, aber dabei nicht stehen zu bleiben. Werfen wir Sand ins Krieges- und Rüstungsgetriebe, pfundweise. Deutschland hat genug verantwortungslose Wissenschaftler und Forscher hervorgebracht. Die Studierenden der Bildungsstreikbewegung machen uns allen Mut.

Dietrich Schulze ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«. Er war von 1966-2005 wiss. Mitarbeiter und von 1984-2005 Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe und arbeitet in der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ mit.



forcieren die Militarisierung vieler Lebensbereiche, darunter auch der Schulen und Hochschulen. Jährlich wird vom Staat über eine Milliarde Euro für Militärforschung ausgegeben – an Rüstungskonzerne, staatliche Forschungseinrichtungen und auch an Universitäten – mit steigender Tendenz. Als exemplarisches Beispiel gilt ein in Karlsruhe entstehender zivilmilitärischer und militärisch-industrieller Forschungskomplex.

